



Beschluss

TOP II.4 Gewalt gegen Frauen: Gesetzeslücken bei Zwangs- heirat und Heiratshandel

Berichterstattung: Hamburg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit den Phänomenen der Zwangsverheiratung und des Heiratshandels sowie möglichen Strafbarkeitslücken bei deren Verfolgung befasst.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten den Strafrechtsausschuss, sich der Thematik anzunehmen und unter Einbeziehung der Strafverfolgungspraxis sowie von Opferverbänden zu ermitteln, inwieweit die derzeitige Rechtslage Korrekturen und Ergänzungen bedarf.